

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Putschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigengebühr. Anzeigengebühr verbindlich.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 8460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 77 A

BERLIN • Sonnabend den 2 April 1932

1. JAHRGANG

Donaupläne.

Von Grete Hermann.

Am 16. Februar wandte sich der österreichische Bundeskanzler Buresch an die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens mit der Aufforderung, die Bemühungen Österreichs um seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu stärken.

Anfang März liefen fast gleichzeitig zwei Antworten ein. Die deutsche Regierung erklärte: Deutschland ist bereit, Österreich Zugeständnisse für die Einfuhr nach Deutschland, unabhängig von den Folgen der Meistbegünstigung, zu machen, sobald die Mitwirkung der andern Staaten die Möglichkeit hierzu eröffnet.

TARDIEU stieß vor mit dem französischen Donaubund-Plan. Nach der offiziellen französischen Denkschrift handelt es sich dabei allerdings nur um eine Betrachtung über die einzuschlagenden Wege und über die gegebenen Möglichkeiten, nicht um einen fertigen Plan. Nach den in die Öffentlichkeit durchgedrungenen Meldungen befaßt sich der Vorschlag mit den folgenden Punkten:

1. Vorzugszoll- und Kontingentabkommen zwischen den fünf Donaustaaten: Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei (die den entscheidenden Kern der wirtschaftlichen Vereinigung abgeben sollen), Rumänien und Jugoslawien (die sich anschließen sollen).

2. Finanzielle Hilfe Frankreichs für diese Staaten, sofern sie sich in der geplanten Form zusammenschließen.

3. Verpflichtung der europäischen Großmächte (England, Italien, Deutschland und Frankreich), weder sich selber aus Abkommen mit den vereinigten Donaustaaten Vorteile zu sichern, noch durch gesonderte Unterstützung eines der Donaustaaten diesem Sondervorteile vor den andern zuzubringen.

Seit Wochen ist über diese Pläne gestritten worden; Konferenzen darüber stehen unmittelbar bevor. Geklärt ist bisher nur eins: daß in diesen Diskussionen und Reden die vorgetragenen wirtschaftlichen Gründe fast durchweg zu Vorwänden dienen, die die eigentlichen, politischen Triebkräfte verbergen.

Es ist — zumal bei dem Dunkel, in das ein großer Teil der Verhandlungen gehüllt ist — nicht möglich, alle die diplomatischen Schliche und Intrigen zu durchschauen, die im Dienst der ungenannten Sonderinteressen stehen. Aber ein Blick auf die offensichtlichen und am unmittelbarsten sich hervordringenden Interessen der beteiligten Staaten gibt ein gewisses Bild von den eigentlichen Motiven, die hinter den vorgetragenen Plänen stehen.

Der französische Plan ist so angelegt, als sollte er die Sanierung der Donaustaaten von der Belebung des zwischen ihnen bestehenden Handelsverkehrs aus in die Wege leiten. Das überwiegende wirtschaftliche Interesse dieser Staaten liegt aber an einem ganz anderen Punkt: Die fünf Staaten sind, zusammengenommen, hauptsächlich auf einen Absatzmarkt für Agrarprodukte angewiesen. Drei von ihnen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien sind vorwiegend agrarische Staaten, die ihre landwirtschaftlichen Produkte ausführen müssen, um Industriewaren aufnehmen zu können. Der Bedarf Oesterreichs und der Tschechoslowakei an Agrarprodukten ist dem Ueberschuß dieser Staaten gegenüber zu klein.

Ungarn, das von den vier andern Donaustaaten vollständig eingeschlossen ist, ist am Verkehr mit ihnen naturgemäß am meisten interessiert. Ein großer Teil seines Außenhandels spielt sich innerhalb der Donaustaaten ab. Im Jahre 1930 blieb gut die Hälfte der ungarischen Ausfuhr in den Donauländern, knapp die Hälfte der Einfuhr kam aus ihnen. Italien und Deutschland, die von den übrigen Ländern den stärksten Verkehr mit Ungarn haben, erhielten in diesem Jahr zusammen nur gut 23 Prozent der ungarischen Ausfuhr und steuerten gut 26 Prozent zur ungarischen Einfuhr bei.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die Rede des ungarischen Außenministers WALKO zum Donaubund-Plan sich unter den entsprechenden Reden seiner Kollegen in den übrigen Donauländern dadurch auszeichnet, daß er wirklich aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus für den Donaubund eintritt: er verspricht sich von der Durchführung des Plans für Ungarn Verbesserung des ungarischen Absatzes, Verdienst aus dem voraussichtlich stärker werdenden Durchgangsverkehr durch Ungarn und damit zugleich Besserung der Finanzverhältnisse in Ungarn.

Ganz anders liegen die Dinge für Jugoslawien und Rumänien. Für beide ist der Handel vor allem mit Deutschland und Italien von größerer Bedeutung als der mit den Donauländern. Am Export Jugoslawiens sind Deutschland und Italien allein durchschnittlich mit etwa 40 Prozent beteiligt, während die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Polen und Bulgarien nur 18 Prozent ausmacht und — voraussichtlich selbst bei Zollerleichterungen — (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Dreister Raubüberfall.

2 Kassenboten angeschossen. — Die Täter entkommen.

Dresden, 31. März.

Am Donnerstag nachmittag trug sich im Stadtsteueramt auf der Kreuzstraße ein verwegener Raubüberfall zu. Ein junger Mann, der sich ein Taschentuch vor das Gesicht gebunden hatte, erschien in der im zweiten Stock befindlichen Kassenstube des Stadtsteueramts, wo er unter Vorhaltung einer schußfertigen Pistole ein Paket Banknoten an sich riß. Als ihn ein Kassierer festhalten wollte, schoß der Räuber und brachte ihm und einem weiteren Beamten leichte Schußverletzungen bei. Die sofort herbeigerufene Polizei suchte zunächst das Gebäude nach dem Räuber ab, der sich jedoch inzwischen hatte entfernen können. Die Höhe der entwendeten Banknoten wird mit rund 2300 Mark angegeben. Bei dem Täter handelt es sich um einen etwa 20jährigen Arbeiter.

Der Raubüberfall spielte sich an der Kasse ab, zu der am Nachmittag die Boten der einzelnen städtischen Steuerkassenstellen kommen, um die an diesen Stellen vorhandenen Spitzenbeträge abzuliefern. Im Hause selbst befindet sich gleichfalls eine Einnahmestelle für die Bürgersteuer. Der Kassierer dieser Stelle lieferte nun den bei ihm entstandenen Spitzenbetrag ab. Kaum hatte er seine Kassenstelle verlassen, um sich über den Korridor nach der Ablieferungsstelle zu begeben, als der Verbrecher den Raum betrat und seine Tat auszuführen versuchte. Somit ist anzunehmen, daß der Räuber

AUS DEM INHALT:

Schülerarbeit in der Sowjet-Union.

Politik in der Schule.

Streiklage in Böhmen.

Arbeitsbeschaffung als Reklame-trick.

Löhne in der deutschen chemischen Industrie.

ber genau gewußt hat, daß sich um diese Zeit der Ablieferungsvorgang abspielte.

Einem der beiden verletzten Beamten war die rechte Schulter angeschossen, ohne daß die Lunge getroffen wurde. Der zweite Beamte hat Schädelschüsse erhalten. Der eine Verletzte ist der Kassenassistent BAUMANN, der andere ein Kassenschreiber namens BARTSCH.

Freie und christliche Gewerkschaften gegen Lohnabbau.

Lendenlamme Erklärungen. — Keine Entschiedenheit.

h Berlin, 31. März.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt mit:

„Am 30. März traten die lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände zusammen, um zu der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation Stellung zu nehmen. In der Aussprache zeigte sich, daß der Umfang der seitens der Arbeitgeber erfolgenden Vertragskündigung noch nicht abschließend zu überschauen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen,

daß die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen versuchen.

Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im stärksten Mißverhältnis zu den geringen durch die Preisabbauaktion erzielten Preissenkungen steht. Uebereinstimmend wurde betont, daß damit diejenige „Neue Situation“ gegeben sei, die der Reichskanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat. Daß angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.“

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften teilt mit:

„Nach unserer Auffassung laufen am 30. April nur gekündigte bzw. durch Notverordnung verlängerte Tarife ab. Da viele kurze Kündigungsfristen vereinbart sind, ist die Zahl der gekündigten Tarife nicht vor Anfang April mit einiger Sicherheit zu bestimmen. Restlich besteht die Möglichkeit, daß die Arbeitgeber die Beendigung fast aller Tarife zum 30. April herbeiführen. Hieran haben die Gewerkschaften naturgemäß kein Interesse. Zwar liegen aus letzter Zeit Arbeitgeberäußerungen vor, die ebenfalls die Notwendigkeit

und Zweckmäßigkeit von Tarifkündigungen vernennen. Sollten trotzdem Verhandlungen durch Kündigungen notwendig werden, müssen jedoch Lohnsenkungen unter allen Umständen unterbleiben. Sollten an Lohnabbauwünschen der Arbeitgeber Neuabschlüsse von Tarifen scheitern, müßten wir Verbindlichkeitserklärungen verlangen. Notfalls käme eine Laufdauerverlängerung auf dem Gesetzgebungswege in Frage. Größte Gefahr sehen wir, wenn die Arbeiterschaft durch Tariflosigkeit und Ungewißheit über künftige Lohngestaltung ausgerechnet am 1. Mai beunruhigt würde. Wir halten es deshalb für zweckmäßig, wenn die Arbeiterschaft möglichst bald ihre Auffassung zu diesen Fragen kundgibt und damit die Möglichkeit einer rechtzeitigen Bereinigung etwaiger Streitfragen geschaffen würde.“

Über die eigentlich notwendigen Schritte der Gewerkschaften in der heutigen Zeit haben wir bereits oft im „Funken“ geschrieben; in Kürze folgen dazu weitere Ausführungen:

Gekündigte Tarife.

h Berlin, 31. März.

Zum 30. April ist im ganzen Reich eine Massenkündigung von Lohn- und Manteltarifen der Arbeiter und Angestellten in städtischen und privaten Betrieben zu erwarten. In Berlin sind bereits sämtliche Tarife für die Arbeiter der städtischen Gesellschaften gekündigt worden. Es liegen auch Kündigungen für die Arbeiter des Speditions- und Möbeltransportgewerbes, der Hafen- und Lagerhausbetriebe sowie für die Handelshilfsarbeiter des Berliner Großhandels vor.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands, Sektion II, hat den Manteltarif für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Werkmeister zum 30. April 1932 gekündigt. Die Forderungen des Arbeitgeberverbandes sind den Angestelltenvereinigungen noch nicht mitgeteilt worden.

Verlängerter Tarif.

m Köln, 31. März.

Auf Anregung des Schlichters für das Rheinland verlängerten die Tarifparteien des Aachener Steinkohlenreviers ihren Rahmenvertrag, und zwar mit der Möglichkeit, bei etwaigen Änderungen der Arbeitszeit oder dergleichen sofort die entsprechenden neuen Verhandlungen führen zu können.

nicht mehr allzu viel gesteigert werden kann. Ähnlich liegt es für Rumänien, das vor allem auf sichere Absatzmärkte für sein Getreide angewiesen ist und das im Jahre 1930 in Deutschland allein viermal soviel Getreide verkaufte wie in den Donaualändern.

Dem Konkurrenzkampf mit den Ueberseeestaaten sind Jugoslawien und Rumänien nur dann gewachsen, wenn sie in der Nähe Absatzmärkte für ihr Getreide gewinnen. Gute Handelsbeziehungen zu Deutschland und Italien sind für sie daher von entscheidender Bedeutung.

Das Interesse, das diese kleineren osteuropäischen Agrarstaaten aneinander haben, bezieht sich also nicht auf Erleichterungen des Handels zwischen ihnen, sondern auf gemeinsames Vorgehen beim Verkauf ihrer Ernten an andere Staaten. Sie haben verschiedentlich Versuche gemacht, sich in dieser Hinsicht zu vereinigen. Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien werden in vierzehn Tagen eine neue Konferenz eröffnen, die der Gegenwehr gegen die russische Konkurrenz dienen soll. Die bisherigen Versuche sind gescheitert. Um so skeptischer steht man TARDIEUS Plan gegenüber, der nur einen neuen Binnenmarkt schaffen soll.

Die Ministerreden zum TARDIEU-Plan spiegeln in Rumänien und Jugoslawien die wirtschaftliche Lage dieser Länder wider. Trotz der Freundschaft dieser Staaten zum Geldgeber Frankreich sind sie kühl und zurückhaltend; sie tragen den Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und Italien Rechnung.

Auch die Handelsinteressen Oesterreichs gehen wesentlich über den Rahmen der Donaustaaten hinaus. Am Handel mit Deutschland ist es aus wirtschaftlichen, und darüber hinaus noch stärker aus Gründen des Deutschtums interessiert. Schon dies genügt, um dem deutschen Plan in den Augen der Oesterreicher vor dem französischen den Vorzug zu geben.

Für Oesterreichs Stellungnahme ist ferner sein mittelbares Interesse am Handel der südlichen Donaustaaten von Bedeutung. Die Agrarländer Ungarn, Rumänien und Jugoslawien bieten Oesterreich einen Absatzmarkt für seine Industriewaren, können diese aber nur aufnehmen, wenn sie ihre Agrarprodukte verkaufen können. Oesterreich ist daher mit daran interessiert, daß Deutschland, Italien und die Tschechoslowakei diese Waren hereinlassen.

Die Handelsbeziehungen der Tschechoslowakei zu den übrigen Donaustaaten sind in den vergangenen Jahren außerordentlich stark zurückgegangen, stärker als der Welthandel sonst infolge der Krise zurückgegangen ist. Sie bestanden in der tschechoslowakischen Ausfuhr von Industriewaren in die drei südlichen Staaten und zum Teil nach Oesterreich — da in der Tschechoslowakei ein erheblicher Teil der früheren österreichisch-ungarischen Industrie liegt — und in der Einfuhr von Agrarprodukten aus dem Süden. Von 1930 bis 1931 ist der Anteil der Nachfolgestaaten am tschechoslowakischen Export von 32 Prozent auf 24,8 Prozent gesunken. Die Hoffnung, daß ein teilweiser Abbau der Zollmauern zwischen den Donaualändern die Absatzmöglichkeiten der tschechoslowakischen Industrie entscheidend würde fördern können, verliert in der Tschechoslowakei bei dem starken Verfall dieser Handelsbeziehungen mehr und mehr an Boden; man sieht sich bereits für den tschechoslowakischen Export nach den überseeischen Märkten um. Auf der andern Seite fürchtet man in der Tschechoslowakei von Zollermäßigungen im Donaugebiet eine Gefährdung der tschechoslowakischen Landwirtschaft, die der Konkurrenz der südlichen Donaustaaten nicht gewachsen ist.

Der Donaubund-Plan hat unter diesen Umständen in der Tschechoslowakei eine kühle Aufnahme gefunden. BENESCH hält sich zurück mit der Begründung, daß er ohne die Zustimmung Deutschlands und Italiens nichts unternehmen wolle.

TARDIEUS Plan entspricht, wie diese Ueberlegungen zeigen, keineswegs der wirtschaftlichen Notlage der Donaualänder. Aber es fragt sich, ob die Donaualänder die Vorteile, die eine wirtschaftliche Vereinigung für die meisten von ihnen immerhin mit sich bringt, nicht verbinden könnten mit einer Sicherung und Erweiterung ihrer deutschen und italienischen Absatzmärkte. Sieht doch der französische Plan selber Wirtschaftsabkommen der Donaustaaten mit anderen Staaten vor!

Gewiß, das wäre an sich möglich, wenn der Plan nicht mit den politischen Absichten TARDIEUS belastet wäre, die ein freundschaftliches Zusammenarbeiten der Donaualänder mit Deutschland und Italien gerade unterbinden. Diese Absichten werden deutlich, wenn man dem Interesse auf den Grund geht, das Frankreich am Zustandekommen des Donaubundes hat und dessen Befriedigung es mit Anleihen für die Donaualänder zu bezahlen bereit ist.

Dafür einige Tatsachen:

1. Frankreichs eigener Handel mit den Donaualändern ist minimal, nichts deutet darauf hin, daß er ausgedehnt werden soll. Frankreichs Interesse ist also nicht das der unmittelbaren Teilnahme am Handel dieser Staaten.

2. Frankreich ertrinkt fast im Gold; es braucht jemanden, dem es Anleihen geben kann, sonst liegt sein Vermögen brach und bringt ihm keine Zinsen.

3. Das französische Volk hat seit Jahrzehnten schon einen starken Geburtenrückgang. Seine Politik scheint dem zu entsprechen; es ist die Politik eines Rentnervolkes, das sich nicht — wie es das englische Volk zu tun wagt — auf große Risiken einläßt, sondern sich in der Nähe seines Mutterlandes ein seinen Interessen dienendes Gebiet zu sichern sucht.

4. Dieses Volk ist beherrscht von Mißtrauen und Angst vor dem deutschen Nationalismus und vor deutschen Revanchep länen, daneben von Furcht vor der aus Rußland drohenden Gefahr des Bolschewismus.

Was liegt näher, als daß Frankreich in dieser Situation mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, vor allem mit seinem Geld, auf das die meisten der Donaustaaten zum Schutz ihrer Währung vorläufig angewiesen sind, den deutschen Einfluß in Mitteleuropa zu unterbinden, die mitteleuropäischen Kleinstaaten seinen Interessen zu unterwerfen und zu einem einheitlichen Block gegen Rußland zusammenzuschmieden sucht? Das Stillschweigen Frankreichs Deutschland gegenüber — die offizielle Benachrichtigung der deutschen Regierung über die französischen Pläne erfolgte erst nach deren öffentlichem Bekanntwerden in der Presse, während Italien und England vorher ausführlich unterrichtet waren — gibt dieser Deutung ein schweres Gewicht.

Mit diesem Streben gerät Frankreich in politischen Gegensatz nicht nur zu Deutschland, sondern auch zu Italien. Und daher schrecken selbst die ihm sonst befreundeten Donaualänder vor seinem Vorschlag zurück. Sie wollen ihre Märkte in Italien und in Deutschland nicht um französischer Interessen willen aufs Spiel setzen.

Politik der Bündnisse.

Herriot zum Donaubund.

k Paris, 31. März.

HERRIOT schreibt in einem Aufsatz über den französischen Donaubund-Plan u. a.:

„Das Schlimmste ist, daß wir den Eindruck erwecken, als wollten wir improvisieren. Kommen wir nicht wieder langsam zur Politik der Bündnisse zurück, die BRIAND durch internationale Zusammenarbeit ersetzen wollte? Wäre es nicht richtiger gewesen, wenn sich die Donaustaaten unter sich geeinigt hätten, bevor man die Großmächte in Bewegung setzte, die schon durch so viel andere Fragen getrennt sind?“

Der Völkerbund zu den Donaufragen.

i Genf, 31. März.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat nach Rücksprache mit dem Präsidenten des Völkerbundsrates den Rat zum 12. April einberufen. Der Beschluß geht auf den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes zurück, in dem auf die außerordentlich ernste Finanzlage der Donaustaaten hingewiesen wird.

Rumänien zum Donauplan.

ii Bukarest, 31. März.

Der rumänische Finanzminister ARGETOIANU sprach vor der rumänischen Kammer über den TARDIEU-Plan. Er führte aus: Zunächst müßten sich die Getreide einführenden Länder einigen, bevor die Ausfuhrländer Stellung nehmen könnten. Ehe in dieser Hinsicht nicht Klarheit geschaffen sei, müsse Rumänien weiter schweigen. Zur Zeit ständen für Rumänien in erster Linie grundsätzliche Fragen im Vordergrund, die Beschaffung billiger Kredite und die Regelung der Kriegsschulden. Hier könnten nur Erleichterungen zu erwarten sein, wenn die Finanzen im Innern in Ordnung seien. ARGETOIANU wandte sich dabei gegen die übertriebenen Alarmgerüchte und bezeichnete die Finanzlage als gut, da die für die Zahlung der Auslandsschulden erforderlichen Beträge bei der Nationalbank für alle Fälle sichergestellt seien.

Viererkonferenz Mitte nächster Woche.

London, 30. März.

Das englische Auswärtige Amt teilt mit, daß die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaukonferenz interessierten Großmächte Mitte nächster Woche stattfinden werde, und zwar entweder am Mittwoch oder am Donnerstag. Der französische und der italienische Botschafter, die am Donnerstag im Außenministerium vorsprachen, haben das Einverständnis ihrer Regierungen bereits übermittelt.

Wie zu dieser Londoner Meldung in Berlin verlautet, hat auch die Reichsregierung dem genannten Zeitpunkt zugestimmt.

Die englischen Finanzen in der Krise.

Der englische Staatshaushalt schließt, trotz Aufwendung von 32,5 Millionen Pfund (fast einer halben Milliarde Mark) für Tilgung der inherein Staatsschuld, mit einem kleinen Ueberschuß ab (360 000 Pfund). Die Einnahmen betragen insgesamt 851 Millionen Pfund.

Die kurzfristigen Schulden der Regierung belaufen sich auf fast drei Viertel der jährlichen Einnahmen. Am 31. März machten sie 612 Millionen Pfund aus gegenüber 594 Millionen Pfund im Vorjahr; das ist nur dem Nennwert nach mehr als im Vorjahr, in Wirklichkeit infolge der Pfundentwertung erheblich weniger.

Zollmauern um Irland.

ii Dublin, 1. April.

Wie verlautet hat die irische Regierung beschlossen, bei der Einfuhr solcher Waren, die auch in Irland hergestellt werden können, einen Zoll von 33½ Prozent zu erheben.

Vor den Wahlen im Memelgebiet.

q Kowno, 31. März.

Von den Führern der Litauer im Memelgebiet wird der Versuch unternommen, gegenüber den Mehrheitsparteien, die fest auf dem Boden des Memelstatuts stehen, für die kommenden Landtagswahlen eine neue große litauische Partei zu gründen. Eine Abordnung der Groß-Litauer unter der Führung SIMMATS und des Gouverneurs MERKYS ist in Kowno eingetroffen, um diese Pläne in Regierungskreisen zu beraten.

Der deutsche Plan zur wirtschaftlichen Unterstützung Oesterreichs scheint auf den ersten Blick weit harmloser und ehrlicher zu sein als die französische Hilfsaktion für die Donaualänder. Er kommt wirklich einem starken Interesse des Landes, dem er helfen soll, entgegen, dem Interesse Oesterreichs an engen Handelsbeziehungen zu Deutschland. Aber dieses Interesse selber ist weitgehend politischen Ursprungs. Der Anschlußgedanke steht dahinter. Der deutsche Vorschlag nimmt in etwas vorsichtiger Form den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion wieder auf, der in Europa — nicht nur in Frankreich — scharfe Ablehnung gefunden hat und vom Haager Schiedsgerichtshof als unvereinbar mit dem Genfer Anleiheprotokoll von 1922 erklärt worden ist.

Der Einwand, daß Deutschland alle anderen Staaten angefordert habe, entsprechende Verträge mit Oesterreich abzuschließen, daß es also nicht beabsichtige, Sonderrechte anzumelden, besagt ebensowenig wie TARDIEUS Aufforderung an Deutschland und Italien, den vereinigten Donaustaaten zu Hilfe zu kommen. Politische Interessen halten Frankreich davon ab, Deutschlands Aufforderung Folge zu leisten und Oesterreich auf Kosten der Kleinen Entente und Polens Vorzugszölle zu gewähren. Das weiß Deutschland. Erhält sein Plan Zustimmung, so hat es also faktisch den Vorrang im Verkehr mit Oesterreich.

Die Not der Völker im Donaugebiet ist für die europäischen Großmächte ein Anlaß, im Trüben zu fischen und die Gruppierungen unter den Staaten zu ihren Gunsten zu verschieben. „Bündnispolitik“ sagt HERRIOT verächtlich vom Plane TARDIEUS. Früher hat der Völkerbund wenigstens davon gesprochen, internationale Politik durch Verständigung der beteiligten Staaten zu machen und dadurch die gefährlichen Sonderbündnisse auszuschalten.

Deutsche Lehrer in Memel gekündigt.

SIMANAT, der Vorsitzende des memelländischen Direktatoriums hat 21 reichsdeutschen Lehrern gekündigt trotz der Warnung der Mehrheitsparteien. Die meisten der Gekündigten waren nur nicht in der Lage, Memelländer und damit litauische Staatsangehörige zu werden, weil sie noch nicht genügend lange im Gebiet waren, als die Optionsklausel in Kraft trat.

Französische Kammerwahlen.

k Paris, 31. März.

Der Präsident der Republik hat dem Vorschlag TARDIEUS zugestimmt, die Kammerwahlen auf den 1. und 8. Mai festzusetzen.

Die Kammer hat am Donnerstag mit 416 gegen 60 Stimmen den Antrag angenommen, der den Frauen das allgemeine Wahlrecht für die Wahlen nach 1933 zuerkennt.

Wahlen in China.

b Schanghai, 31. März.

Die chinesische Regierung hat ein Gesetz angenommen, wonach Wahlen zur chinesischen Nationalversammlung im August stattfinden sollen. Alle Versammlungsverbote werden aufgehoben sein, nur die Maßnahmen gegen die kommunistische Partei bleiben in Kraft.

Diese Meldungen kommen aus Loyang, wo zur Zeit der Verband chinesischer nationaler Vereinigungen tagt, der nach einer Meldung aus Schanghai gegen die Diktatur der Kuomintang Stellung nehmen wird und die Bildung einer Regierung auf Grund von Landeswahlen vorzubereiten gedenkt.

Schulden an Auslandsgläubiger anmelden!

h Berlin, 31. März.

Der Deutsche Reichsanzeiger vom 31. März 1932 veröffentlicht eine Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Anmeldung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland. Danach müssen Personen, Firmen, Körperschaften und die deutschen Länder ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern bei der Anmeldestelle für Auslandsschulden anzeigen.

Die Anmeldestelle für Auslandsschulden veröffentlicht im Reichsanzeiger eine Bekanntmachung, wonach die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland nach dem Stande vom 29. Februar 1932 bis zum 14. April 1932 anzumelden sind.

Eine Demonstration.

Die Sozialdemokraten haben im hessischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung und im Reichsrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß der Bergbau und die Montanindustrie verstaatlicht werden.

Legale Nazi-Durchsuchung.

Wir hören aus Thüringen: Dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Hitler-Ernennung hat das thüringische Staatsministerium eine Antizipation vorgelegt, aus der hervorgeht, daß während der Amtszeit Dr. FRICKS in Thüringen Verhöre stattgefunden sind. Weiter erklärte das Ministerium, es stehe ferner fest, daß Dr. FRICK die Listen von Personen, die sich zur Einstellung bei der Landespolizei gemeldet hatten, an den Nazi-Gauleiter SAUCKEL zur Prüfung weitergegeben habe. Das Ministerium könne aber nicht feststellen, ob auf Grund des Urteils von SAUCKEL Polizeibeamte eingestellt oder abgelehnt worden sind, denn diese Listen habe Dr. FRICK nicht zu den Akten gegeben. Erwähnt sei noch, daß über 3000 Bewerbungen vorgelegen haben.

Wieder ein Beispiel dafür, welchen Gefahren die Arbeiterschaft ausgesetzt ist, wenn Nazis in verantwortliche Posten gelangen. Und solchen „Legalen“ öffnet Herr GROENER Tür und Tor.

Nationalistischer Verleumder verurteilt.

3 Monate Gefängnis für Moritz-Zarnow.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg fand gestern ein Beleidigungsprozeß gegen den Schriftsteller MORITZ-ZARNOW statt, der mit der Verurteilung MORITZ-ZARNOWS zu drei Monaten Gefängnis und des Verlegers der Zeitschrift „Der Deutschen-Spiegel“, HÄUBLERS, zu 200 Mark Geldstrafe endigte.

MORITZ-ZARNOW hatte wenige Tage nach dem Zivilprozeß, den der Landtagsabgeordnete KUTTNER gegen ihn auf Unterlassung unwahrer Behauptungen in ZARNOWS Buch „Gefesselte Justiz“ angestrengt hatte, in der Zeitschrift „Der Deutschen-Spiegel“ über diesen Zivilprozeß berichtet. Und zwar hatte er behauptet, er habe in der Verhandlung vor dem Kammergericht KUTTNER vor einem Meineid bewahrt. Wegen dieser Behauptung erstattete Justizrat WERTHAUER für KUTTNER Strafanzeige gegen MORITZ-ZARNOW wegen verleumderischer Beleidigung. Die Staatsanwaltschaft erweiterte die Anklage auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 über den Ehrenschutz.

In der gestrigen Verhandlung, in der MORITZ-ZARNOW und der Verleger des „Deutschen-Spiegel“, von dem Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt EVERLING, Landtagsabgeordneter KUTTNER von Justizrat WERTHAUER vertreten waren, wurde durch Zeugenvernehmungen, insbesondere durch die Aussage des Senatspräsidenten PEISER festgestellt, daß die Behauptungen MORITZ-ZARNOWS kein wahres Wort sei. Da das Gericht, gemäß der Notverordnung, annahm, daß MORITZ-ZARNOW böswillig einen Mann des öffentlichen Lebens fälschlich bezichtigt habe, wurde er zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Leider darf solchen Verleumdern nicht die schriftstellerische Betätigung verboten werden. Wenn die Möglichkeit bestünde, solchen Kreaturen durch jahrelange Aufnahme in ein Arbeitshaus die Möglichkeit zu nehmen, mit Verleumdungen Geld und mehr zu verdienen, dann würde das heutige Heer der „Schriftsteller“ wesentlich kleiner — was nicht schade wäre.

Im übrigen gibt es durchaus nicht nur auf nationalistischer Seite der Schreiber Verleumder. Der ISK kann davon ein Lied eingen — und hat dies in seiner Zeitschrift „ISK“ auch getan.

Armer Hugenberg!

Seine Freunde „raufen und lernen“.

h Berlin, 30. März.

HUGENBERG schreibt in einem Artikel „Das neue Harzburg“ im „Deutschen Schnelldienst“ u. a.:

„Der zweite Wahlgang zur Präsidentenwahl gibt mir Anlaß, . . . durch Ablehnung der Beteiligung eine weithin sichtbare Kundgebung zu vollziehen. Es liegt darin weit mehr, als der „Angriff“ des Herrn GOEBBELS sich träumen läßt. Ich habe den Wunsch, dies erst nach dem 10. April des näheren auszuführen. So, wie die NSDAP seit Oktober die großen praktischen Entscheidungen behandelt hat, geht es nicht. Bei einer anderen Behandlung der in dieser Zeit jeweils entscheidenden politischen Fragen könnte die Nationale Opposition schon heute im gemeinsamen Besitz der Macht sein. . . . Ich habe seinerzeit einen „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ zur Bekämpfung des Young-Planes auf die Beine gestellt. An dem Tage nach dem Volksentscheid brach der von Herrn SCHIELE geführte Reichslandbund in Vorbereitung des Kabinetts BRÜNING aus, Anfang April 1930 die Nationalsozialisten. Ich habe die Nationale Opposition im Oktober 1931 in der sogenannten Harzburger Front nochmals vereinigt. Eine Woche später haben sich die Nationalsozialisten schon wieder aus ihr entfernt. . . . Die Nationalsozialisten mögen sagen, was sie wollen — nach einer Zeit des Raufens und Lernens werden sie schließlich genötigt sein, sich an einem neuen Harzburg der gemeinsamen politischen Arbeit zu beteiligen.“

Der ehrliche Makler findet keine Gegenliebe.

Antworten an Hugenberg.

h Berlin, 30. März.

HUGENBERG, hatte, wie wir mitteilten, den kleineren bürgerlichen Parteien vorgeschlagen, ihre Reststimmen bei den Landtagswahlen der deutschnationalen Liste zuzurechnen. Dafür sollte „eine entsprechende Anzahl von geeigneten Vertretern der fraglichen Parteien“ auf die deutschnationale Liste gesetzt werden. HUGENBERG hatte diesen Vorschlag öffentlich gemacht, da, wie er sagte, „zu Verhandlungen hinter den Kulissen keine Zeit mehr sei“.

Die bisherigen Antworten:

„Für die Deutsche Volkspartei besteht keine Veranlassung, auf das Scheinangebot einzugehen.“ (Pressestelle der DVP.)

Die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat beschlossen, daß der Volksdienst allein und ohne jede Bindung an andere Parteien in den preußischen Wahlkampf eintritt.

Man bezeichnet in führenden Kreisen der Landvolkpartei den HUGENBERGSchen Vorschlag als einen sehr gesunden Gedanken, hält aber den von HUGENBERG begangenen Weg für falsch und meint, daß der deutschnationale Parteiführer den richtigen Augenblick verpaßt habe.

Reaktion im Wahlkampf.

Koalition DVP und Wirtschaftspartei in Bayern.

w München, 31. März.

Die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei treten bei den Landtagswahlen in sämtlichen acht bayerischen Landtagswahlkreisen unter einheitlichem Wahlvorschlag und Aufteilung der Stimmkreise gemeinsam in den Wahlkampf.

Thüringer Landbund gegen Hitler.

p Weimar, 31. März.

Der Gesamtverband des Thüringer Landbundes nahm eine Entschliessung an, in der er sich gegen eine HITLER-Diktatur ausspricht und die Stimmabgabe bei der Reichspräsidentenwahl „dem gesunden Sinn seiner Bauern“ überläßt.

Der Teufel Istip.

In dem Kurort und Wintersportplatz Oberstaufen im Allgäu hat sich Ende des Jahres 1931 folgendes zugetragen:

Seit einem Jahre bemerkt man in der Familie des 22jährigen Mädchens MARIA MAURER allerlei Spuk, der sich immer mehr steigerte. Man vernahm ein Kratzen und Klopfen an der Bettstelle des Mädchens; in der Nacht hörte man Pochen und Schläge gegen die Tür, dem Mädchen wurden auf geheimnisvolle Weise die Zöpfe abgeschnitten; kurz: es wurde arg gequält. Man schickte nach den beiden Ortsgeistlichen, dem Pfarrer und dem Kaplan. Sie wußten Rat: der Teufel wird hier im Spiel sein. Beide versuchten ihre geweihten Künste an dem Mädchen. Sie „waren Zeuge“, als ein Kreuz und eine Medaille vom Teufel entzwei gerissen wurden und die Stücke in der Stube herumflogen. Der Kaplan, der in Begleitung der angesehensten Gemeindeglieder gekommen war, stellte mit dem Teufel, der aus dem Mädchen sprach, ein peinliches Verhör an. „Wer bist Du?“ „Istip ist mein Name.“ „Bist Du einer der obersten?“ „Nein, ich habe keinen hohen Rang, ich bin nur ein mindermächtiger Geist der Unterwelt.“ „Du bist nicht Lucifer?“ „Moin Herr und Beherrscher selbst kann nicht herkommen; er hat in Sowjet-Rußland dringend zu tun.“

Der Geistliche stellte lateinische Fragen. Istip aber sagte, daß er nur hochdeutsch verstehe. Istip ist ein deutscher Teufel. Nach wiederholtem Gebet der Anwesenden und eifriger Besprechung mit Weihwasser, worauf das Mädchen heftige Schmerzen zu empfinden schien und zu toben anfang, mußte Istip weichen; er fuhr aus dem Mädchen, das wie aus einem schweren Traum erwachte.

Nach der Austreibung wurde ein Protokoll verfaßt, in dem der Kaplan der Ueberzeugung Ausdruck gibt, es könne sich um keinen hystrischen Zustand handeln, sondern nur um die übernatürlichen Kräfte des bösen Geistes.

Auf Anordnung des bischöflichen Ordinariats Augsburg wurde das Mädchen zur Beobachtung ins Krankenhaus gebracht. Der Teufel ging mit. Es wiederholten sich auch dort, so oft der Pfarrer kam, die gleichen Auftritte. Dem zuge-

Kandidatur Claus Heim.

h Berlin, 31. März.

Der Beauftragte der „Deutschen Widerstandsbewegung“ teilt mit: Die für die Kandidatur des Bauernführers CLAUS HEIM gesammelten Unterschriften haben die Zahl 26 000 überstiegen.

Winter kandidiert nicht.

a Bautzen, 31. März.

WINTER, der zur Zeit in der hiesigen Strafanstalt eine Strafe verbüßt, hat mitgeteilt, daß er seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurückgezogen habe.

„Stahlhelm“-Kommers und „Osterfrieden“.

g Magdeburg, 31. März.

Der vom „Stahlhelm“ geplante BISMARCK-Kommersabend, der am 2. April, in diesem Jahre, stattfinden sollte, ist mit Rücksicht auf den „Osterfrieden“ von der Ortspolizeibehörde Magdeburg verboten worden.

Neuer Scheringer-Prozeß.

k Leipzig, 31. März.

Am 7. April verhandelt der 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Anklage gegen den früheren Reichswehrleutnant SCHERINGER wegen Hochverrats im Sinne der KPD. SCHERINGER ist im Oktober 1930 vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts nach Durchführung des Verfahrens gegen die den NS nahe stehenden Reichswehroffiziere SCHERINGER, LUDIN und WENDT zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft und Dienstentlassung verurteilt worden. Auf der Festung Gollnow hat SCHERINGER sich zum Kommunismus bekehrt und dann Taten begangen, die der Oberreichsanwalt als hochverräterische Unternehmungen ansah. SCHERINGER ist seit dem 19. September 1931 in Untersuchungshaft. Er hat Briefe, die als Flugblätter verbreitet wurden, Zeitungsartikel, Aufrufe und Broschüren verfaßt. Diese Literatur ist Gegenstand der neuen Anklage.

Zur Severing-Aktion.

h Berlin, 31. März.

Von zuständiger Stelle wird erklärt, daß eine Veröffentlichung von Schriftstücken des beschlagnahmten SA-Materials nicht beabsichtigt sei. Dieses werde an die zuständigen Gerichte weitergeleitet werden. Wohl aber werde man Anfang nächster Woche eine Mitteilung über das Ergebnis der Untersuchung herausgeben.

Zeitungsverteilung und Notverordnung.

Was ist ein Flugblatt?

h Berlin, 31. März.

Der Reichsminister des Innern hat auf die Beschwerde der NSDAP in der Angelegenheit der Verteilung von Zeitungen folgende Antwort den Landesregierungen mitgeteilt:

„Von der NSDAP in die Wege geleitete Verbreitung von Propagandanummern der nationalsozialistischen Presse in inhaltlich beschränktem Umfang, aber in verdreifachter bis verzehnfachter Auflage ist versuchte Umgehung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und 17. März 1932, da solche Nummern als Flugblätter anzusehen sind. Flugblatt ist ein durch Schrift oder Druck oder dergleichen vervielfältigtes Erzeugnis, das geeignet und bestimmt ist, leicht und weit verbreitet zu werden. Dazu gehört geringer Umfang, Unentgeltlichkeit oder geringer Preis, große Auflage und die sich aus der Gestaltung des Blattes ergebende Eigenschaft, daß es als Flugblatt gedacht und bestimmt ist. Auch einzelne Nummern einer periodischen Druckschrift

können Flugblätter sein, wenn sie nach Art eines solchen z. B. als Propagandanummern hergestellt und verbreitet werden, insbesondere wenn sie von vornherein in Art eines Flugblattes zur selbständigen Weiterverbreitung bestimmt und eingerichtet sind. Dieses entspricht höchstrichterlicher Rechtsprechung, vgl. Bayerisches Oberstes Landesgericht 1. Juli 1926 in Bayerische Verwaltungsblätter 1926, S. 413.

Vorgehen gegen derartige Umgehungsversuche ist daher nicht zu beanstanden.“

Erfreulich ist hieran nur, daß GROENER einmal eine gegen die NS gerichtete Maßnahme unterstützt.

h Berlin, 31. März.

„Wer Flugblätter politischen Inhalts der Öffentlichkeit zugänglich macht, die nicht mindestens 24 Stunden vorher der zuständigen Behörde zur Kenntnis vorgelegt worden sind, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Wer der Weisung seiner Parteiführer folgend derartige Druckschriften in irgendeiner Art (auch im Wege der sogenannten Hauspropaganda) öffentlich verbreitet, setzt sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung, der Festnahme und der Vorführung vor den Schnellrichter aus.“ (Aus einer Mitteilung der Pressestelle des Polizeipräsidentens.)

Um die nächste Reichstags-sitzung.

h Berlin, 31. März.

Der Ältestenrat des Reichstages ist für Montag, den 11. April, einberufen worden, um über den Wiederzusammentritt des Reichstages Beschluß zu fassen.

Bedrängung der Katholiken in Rumänien.

Nach der „Münchener Katholischen Kirchenzeitung“ wurden der katholischen Kirche in Rumänien durch die Agrarreformen die größeren Kirchengüter genommen mit der Zusage, daß dafür jedes Pfarrei Grundkapital erhalten würde. Dies ist wohl versprochen, aber nur wenig durchgeführt worden. Dann wurden Staatssubventionen für die katholischen Kirchen versprochen, aber nicht gegeben. Ferner hat man dem Klerus das Staatsgehalt seit Ende April 1931 nicht ausgezahlt. Jetzt hat man bei der amtlichen Korrespondenz den Kirchen die Portofreiheit genommen. Außerdem gibt es in Siebenbürgen eine Bewegung, die dafür eintritt, daß der Staat der Kirche ihre Schulen und Institute wegnimmt.

Vielleicht ist man in Rumänien dahinter gekommen, daß der Staat besser daran tut, sich die Katholiken vom Halse zu halten. Da aber in Rumänien nicht Freidenker und Sozialisten regieren, wird es sich wohl (wenn die „Münchenerzeitung“ überhaupt richtig berichtet) nur um den Kampf einer Sekte gegen die andere handeln.

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

hat der ISK ein Sonderheft herausgegeben:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

39 Seiten. / Preis 20 Pfennig.

Wir bitten, sofort Bestellungen gelangen zu lassen an die

Internationale Verlags-Anstalt, G. m. b. H. / Berlin S 14, Inselstr. 8a.

zogenen Arzt, Dr. MAYER, schien die ganze Sache peinlich zu sein, und er verzichtete auf Mitwirkung. Einige Tage vor Weihnachten war MARIA wieder vom Teufel besessen. Der Pfarrer kam sofort und hielt Zwiesprache mit Istip, der erklärte: „Ich habe auch etwas zu offenbaren. Ihr sollt nicht an die vorgesetzte Behörde in Augsburg schreiben, das kostet Zeit und Geld“ (ein sparsamer Teufel!); „ich verspreche, daß ich am Heiligen Abend ausziehe.“ — Pater JAKOB von den Kapuzinern in Immenstadt schenkte MARIA ein Gebet, das sie fleißig betete. Bei seinem nächsten Besuch hatte der Pfarrer in seiner rechten Manteltasche eine Hundepeitsche, in der linken eine Stola. Er ließ MARIA in die Taschen greifen; sie langte in die rechte ohne Zucken; aus der linken zog sie sofort die Hand zurück, als ob sie sich gebrannt hätte.

Am Heiligen Abend sollte nun die Teufelaustreibung stattfinden. Schon am frühen Morgen kam der Pfarrer und betete die Allerheiligen-Litanei. Der Teufel klagte, daß er so gequält werde. Er beschwerte sich, er hätte das Mädchen so gern verführen wollen, aber man habe es ja nie allein gelassen. Beschwörung des Pfarrers: „Willst Du jetzt weichen und nicht mehr zurückkehren?“ „Nein.“ „Istip, bist Du noch da?“ Keino Antwort. Maria wird in die Höhe geworfen, dreimal wird ein dumpfes „Huhuhu“ ausgestoßen. Maria wird mit Weihwasser besprengt — sie erwacht und — alles betet.

Der Kunde von diesem Geschehen hat sich im ganzen Gau verbreitet, überall spricht man von der Heiligkeit des Pfarrers LEUCHTENSTERN und von dem gewaltigen Sieg der Geistlichkeit. Der Pfarrer LEUCHTENSTERN predigt seitdem nur noch über die wunderbare Teufelaustreibung. Auch zu öffentlichen Vorträgen über seine Erlebnisse mit dem Teufel Istip lud er ein; die zerbrochenen Kreuze u. s. w., die er mitbringe, würden als Beweise und Zeugen des Kampfes mit dem Teufel zu sehen sein. Die Bevölkerung der ganzen Gegend war in höchster Erregung. Am 14. und 15. Januar konnte die Reichsbahn den riesigen Verkehr kaum bewältigen, und als mit Menschen vollgepfropfte Lastautos anrückten, hatten Polizei und Gendarmerie vollauf zu tun, um Ordnung in die Massen zu bringen und den Verkehr aufrechtzuerhalten. Ein großer Hetzsaal war überfüllt, und die Neugierigen, die von nah

und fern zu den Bienenversammlungen gekommen waren und den Bericht des Pfarrers mit atomloser Spannung entgegennahmen, verließen in tiefster Ergriffenheit den Saal.

Kurt Falk.

Nicht nur Wunder in Konnersreuth!

Rom, 25. März.

Vor einer großen Zahl Gläubiger, welche die Kathedrale von Andria füllten, vollzog sich das Wunder des heiligen Dorns nach einem dreistündigen Gebet um vier Uhr und zehn Minuten.

Dieser Dorn gehört zur Krone Christi und hat für gewöhnlich vier Blutflecken von schwarzer Farbe, die sich aber in die Farbe frischen Blutes verwandeln, wenn der Karfreitag auf den 25. März fällt.

Dem Vollzug des Wunders wohnten die kirchlichen Autoritäten und Zivilbehörden bei, sowie zahlreiche wissenschaftliche Persönlichkeiten, sowohl italienische als auch ausländische. Man hat hierüber ein Protokoll aufgenommen.

Das Wunder wird sich erst wieder in 74 Jahren, wie der Kalender besagt, wiederholen.

Diebstahlsverfahren gegen Domherrn.

k Wien, 31. März.

Wie aus Salzburg berichtet wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen den Domherrn ANGELBERGER wegen der Verschlebung der Kostbarkeiten aus dem Salzburger Domschatz das Verfahren wegen Diebstahls und gegen den Münchener Kunsthändler BRETSCHNEIDER, der sich in Salzburg in Untersuchungshaft befindet, wegen Beihilfe eingeleitet. Domherr ANGELBERGER befindet sich gegenwärtig zur psychiatrischen Untersuchung in der Salzburger Landesirrenanstalt.

Der Kunsthändler sitzt wie jeder andere in ähnlicher Lage in Untersuchungshaft, der Domherr hingegen in der Nervenklinik. Wie sollte die Kirche auch zugeben, daß es sich hier um einen normalen Domherrn handelt!

Beruhigung im böhmischen Bergarbeiterstreik.

t Prag, 31. März.

Im Auftrag des Arbeitsministeriums sind die Kündigungen der Bergarbeiter, die zu den großen Streikbewegungen in Nordwest-Böhmen geführt haben, zurückgezogen worden. Daraufhin haben die Streikleiter sich gegen die weitere Fortsetzung des Streiks ausgesprochen.

Aus Brüx treffen freilich neue Meldungen ein, wonach die dortige Streikleitung auf weitergehende Forderungen der Bergarbeiter besteht. Die Zusammenstöße, die während des Donnerstags zwischen Arbeitern und Gendarmerie stattfanden, haben bisher die Erregung in der Bevölkerung noch gesteigert.

Hauszinssteuersenkung und Mieten.

h Berlin, 31. März.

Im Jahre 1928 betrug die Hauszinssteuer 48 Prozent der Friedensmiete. Die Steuer wurde 1930 in Preußen um 5 Prozent gesenkt und infolge der Notverordnung des Reichspräsidenten nun um weitere 15 Prozent, also im ganzen um 20 Prozent. Bei den bedürftigen Mietern wurde früher die ganze Hauszinssteuer (d. h. 48 Prozent der Friedensmiete) erlassen. Da aber die Hauszinssteuer nun um 20 Prozent gesenkt worden ist, werden den bedürftigen Mietern nicht mehr 48 Prozent der Friedensmiete, sondern nur noch 38,4 Prozent (d. h. 20 Prozent weniger) erlassen, sodaß diese Mieter eine höhere Miete zu zahlen hätten. Diese Mieterhöhung wird jedoch ausgeglichen durch die allgemeine Mietsenkung um 10 Prozent der Friedensmiete. Dadurch, daß die allgemeine Mietsenkung am 1. Januar und die Ermäßigung der Hauszinssteuer erst zum 1. April in Kraft getreten ist, ergibt sich die Lage, daß die bedürftigen Mieter nach dem 1. April eine höhere Miete zu zahlen haben werden, als in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April.

Es ist beabsichtigt, in Zukunft die Mietsenkerleichterung nicht mehr durch Erlass der Hauszinssteuer zu gewähren, sondern die Zahlung an die bedürftigen Mieter den Fürsorgeverbänden aufzuerlegen. Die zuständigen Ministerien in Preußen (Finanz-, Innen- und Wohlfahrtsministerium) sind ermächtigt, eine solche Aenderung in die Wege zu leiten.

Die nicht alle werden.

o Drossen (Mark), 31. März.

Der Reichspräsident hat für die als 7. Kind geborene dritte Tochter ANNELIESE ERNA des Bergarbeiters RICHARD HERMANN die Ehrenpatenschaft übernommen.

o Schönlanke, 31. März.

Reichspräsident VON HINDENBURG hat die Ehrenpatenschaft bei dem 16. Kind des Arbeiters STOBBE in Arnsefelde, Kreis Deutsch-Krone, übernommen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

München: Dienstag, den 5. April, um 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Der Krieg im Fernen Osten. Seine internationale Bedeutung.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Hannover: Dienstag, den 5. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1, über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Reichsbahn-Bilanz für Februar.

h Berlin, 31. März.

Die Deutsche Reichsbahn veröffentlicht ihren Arbeitsbericht für den Monat Februar 1932. Der Güterverkehr zeigte gegenüber dem Rekordtiefstand des Januar 1932 nur geringe Veränderungen. Der Personenverkehr blieb im Februar durchweg hinter dem des Vormonats und des Februar 1931 zurück. In der schwachen Besetzung fast aller Fernzüge kommt die Wirtschaftsnot zum Ausdruck. Die Betriebsleistungen beliefen sich auf insgesamt 219 660 000 Mark, davon Personen- und Gepäckverkehr 62 491 000 und Güterverkehr 134 756 000 Mark. Die Ausgaben betragen einschließlich Rückstellung der festen Lasten 294 542 000 Mark. Die Rechnung im Berichtsmonat schließt also mit einem Fehlbetrag von rund 75 Mill. Mark ab. Der Personalbestand betrug 607 619 Köpfe.

Ueberfahrt nach USA billiger.

h Berlin, 31. März.

Von den großen Schiffahrtlinien, die dem Verkehr auf dem Nordatlantischen Ozean dienen, haben bereits neun beschlossen, die Sätze für die Passagierbeförderung im Durchschnitt um 20 Prozent zu senken (in der dritten Klasse um etwa 10 Prozent).

Als erste gab die United States Line die Ermäßigung bekannt. Es folgten die White Star-, Red Star- und Atlantic Transport Line, der Norddeutsche Lloyd und die Hapag, die Cunard-Line und die französischen Gesellschaften.

Die billigste Ueberfahrt kostet nach der Ermäßigung etwa 380 Mark.

Luftpost, besonders nach dem Balkan.

h Berlin, 31. März.

Die Luftpost Straßburg—Istanbul wird vom 1. April an wieder zur Beförderung deutscher Briefsendungen und Pakete nach Bulgarien, Griechenland, Südslawien, Oesterreich, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, der Türkei und Ungarn sowie von Briefsendungen nach Frankreich benutzt. Ueber die Höhe der Luftpostzuschläge sowie über die Flugpläne gehen die Postanstalten Auskunft.

„Graf Zeppelin“.

i Friedrichshafen, 29. März.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf kurz nach 16 Uhr von seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt über Friedrichshafen ein. Die Landung erfolgte 16.35 Uhr glatt trotz ziemlich starken Weststurmes.

Das Luftschiff war am 21. März in Friedrichshafen gestartet und nach außerordentlich rascher Fahrt am 23. März um 20 Uhr in Pernambuco gelandet. Am 26. März, um 4.20 Uhr MEZ, trat „Graf Zeppelin“ den Rückflug nach Deutschland an.

Post mit „Graf Zeppelin“.

Am 3. April nach Südamerika.

h Berlin, 31. März.

Die Anlieferung von Post, die am 3. April von „Graf Zeppelin“ nach Südamerika mitgenommen werden soll, muß in Berlin spätestens am Sonntag mittag auf dem Zentralflughafen in Tempelhof erfolgen. Von dort startet das Postzubringerflugzeug der Deutschen Luft-Hansa nach Friedrichshafen. Die Beförderung der Postsendungen von Recife (Pernambuco) nach Rio de Janeiro, Buenos-Aires und Arica übernimmt wiederum das Condor-Syndikat.

Englisch-deutscher Luftpostverkehr wieder aufgenommen.

Vom 1. April ab.

h Berlin, 29. März.

Vom 1. April an verkehren wieder Reichspostflüge (Nachtflüge) zwischen Berlin und London. Der Flugdienst wird von der Deutschen Luft-Hansa täglich, ausschließlich Sonntags, also einschließlich Himmelfahrts- und zweiten Pfingstfeiertag, nach folgendem Plane ausgeführt: ab Berlin 22.0, ab Hannover 0.20, ab Köln 3.25, an London 5.35 (WEZ), zurück ab London 21.0 (WEZ), an Köln 0.45, an Hannover 4.0, an Berlin 6.0. Die deutschen Luftpostbriefsendungen werden in den Innenbezirken Londons um 9.15, in den anderen Bezirken um 11.30 bis 12.30 abgetragen, also 20 bis 22 Stunden früher als bei gewöhnlicher Beförderung. Für Luftpostpakete ist der Zeitgewinn noch größer, da auch ihre Verzollung erheblich beschleunigt wird. Die Luftpostzuschläge sind nicht höher als im übrigen Luftpostverkehr. Einfache Briefe kosten also außer der gewöhnlichen Auslandsgebühr von 25 Rpf. nur 20 Rpf. Zuschlag.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 2. April.

Berlin:

15.45 Dr. TH. HAUBACH: Der Staat als Volksgemeinschaft.

Königsberg:

18.35 Dr. KULESSA: Das Neger-Problem in den USA.
19.05 „Baumwolle und Petroleum“ von B. TRAVEN.

Leipzig:

15.15 Blick in die Zeitschriften: Dr. FR. HELLER: Die Gewerkschaften haben das Wort

Moskau. Gewerkschaftssender:

20.00 Kommunalwirtschaft.

Sonntag, den 3. April.

Leipzig:

11.30 Reichssendung einer BACH-Kantate.
19.30 KARL RABE: Ueber den Dächern von Schanghai.

Moskau (Wellenlänge 1304 m und 1481 m):

20.00 Außenpolitik der Bolschewiki bis zur Machtergreifung.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ah zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: WILH. EICHLER, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jaunowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisebethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:

Deutsch, Englisch und Esperanto

Internationale Verlags-Anstalt S. m. b. H. Berlin S 14, Inselstraße 8a.

MAGDEBURG

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft und billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden.

Postpakchen

4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postcheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

WAHN-EUROPA 1934

Schöne Ganzleihenband. Preis M. 4,80

(oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24

Barossastraße 8. Postfach Hamburg 83167

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Cölle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1.— M.

Etty Gräffe

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Die Vermünder sind am Werk der Vernichtung geistiger Freiheit!

Darum helfe an der Aufklärung, Sozialisten!

Die Reformation der Gesinnung

durch Erziehung zum Selbstvertrauen

Von Leonard Nelson

Zweite, vermehrte Auflage. 265 Seiten.

Broschiert 3,— RM Ganzleihen 4,10 RM

Aus dem Inhalt:

Eigene Verantwortung und innere Wahrhaftigkeit. — Erziehung zur Tapferkeit. — Von der Zukunft der inneren Freiheit. — Erziehung zum Knechtgeist. — Führer und Verführer. — Was ist liberal? — Ethischer Realismus.

Aus den Besprechungen:

„Nelsons ‚Reformation der Gesinnung‘ ist ein Aufruf und Programm, eine Sammlung von Stimmen zum Kampfe gegen Unrecht, Unfreiheit, Stumpfheit und Trägheit.“

„Neues Leben“, 2. Jahrgang, Heft 2/3.

„Die bisherige Erziehung war viel zu sehr Erziehung zur Autorität und Opportunität und erzog dadurch zum Knechtsinn, die neue Erziehung — wie sie Nelson fordert — soll eine Erziehung zu eigener Verantwortung und innerer Wahrhaftigkeit sein.“

„Pädagogisches Zentralblatt“, 3. Jahrgang, Heft 7.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Schulfragen.

Schularbeit in Sowjet-Rußland.

Bl. Erzieher, die Rußland besucht haben, erzählen uns, wie dort darum gerungen wird, das Verantwortungsbewußtsein der Kinder für den Aufbau der neuen Gesellschaft zu wecken. Schöne Beiträge hierfür bringt „Die Trompete“, eine Halbmonatszeitschrift für deutschsprechende russische Schulkinder, die in Charkow erscheint.

Kinder, die in der Nähe einer Bettfabrik wohnten, lasen die Zeitung „Die Fackel der Fabrik“. Darüber berichten sie in der „Trompete“:

„Es wurde Sturm geblasen zum Kampf um 42 000 Betten. Was werden wir dort helfen können?“

Aber dieser unsichere Ausruf verlor sich im Stimmengewirr. Wir werden schon Arbeit finden. Nachdem sich ein Aktiv gebildet hatte, ging man an die Arbeit. Eine Brigade besuchte die Werkstätten, sammelte Material über die Arbeiter, die sich Versäumnisse zu Schulden kommen ließen, über die Simulanten und über alle Mißstände auf der Fabrik. (Ueber das pädagogisch Bedenkliche dieser „Materialsamlei“ wollen wir hier nicht schreiben. D. Red.) Die Arbeit der Schule ging mit Dampf. Auf einer Stelle wird eine Zeitung für die Fabrik herausgegeben. Scharf werden in ihr die Simulanten und Bummler gebrandmarkt. Auf einem anderen Platz wurden Plakate gemalt, auf dem dritten Knüttelverse über das Fabrikleben verfaßt. Diese Knüttelverse wurden im Chor in der Fabrik gesungen. Vor dem Singen wurden Vorträge gehalten und Losungen vorgelesen: 42 000 Betten müssen bis zum 1. Juli hergestellt werden, nicht weniger. Seit dem 20. besuchen die Brigaden regelmäßig die Fabrik. Die Tafel legte Zeugnis von der Arbeit unserer Jungen ab. Auf den Fabrikversammlungen traten die Jungen auf und versicherten, daß sie zusammen mit den Arbeitern den Durchbruch liquidieren würden. Die Arbeiter spotteten über sie.

Die Stürmer mit den roten Halstüchern begannen voller Enthusiasmus zu arbeiten und waren stolz darüber, daß sie sich an den „wahrhaften“ Fabrikarbeiten beteiligten.

Sie schleppten Eisen, Betten und Holzkörbe, fertigten Netze an, befeilten die Einzelteile.

Überall, auf dem Fabrikhof und in den Werkstätten, sah man rührige Pioniere, mit schmutzigen, zwar etwas müden, aber freudigen Gesichtern. Es war kein Wunder, daß die Jungen müde wurden. Aber sie hatten Grund, freudig zu sein, da sie im Verlauf von 20 Minuten acht Tonnen Holz herbeigeht und einen Waggon Bruch Eisen eingesammelt hatten. Während der Arbeitspause sammelten sich die Arbeiter, um zu rauchen und sich zu unterhalten.

„Habt ihr gesehen, wie die Jungen arbeiten? Das sind brave Kerle, die müssen auf die rote Tafel kommen.“

Einem anderen Bericht entnehmen wir: „Die Schüler der Neuheimer Schule beschlossen auf einer Schülerversammlung, eine Hühnerzucht beim Kollektiv zu organisieren.“

Schwer war diese Arbeit, aber durch gemeinsames Beraten waren diese Schwierigkeiten auch bald überwunden. Die Schüler wollten alle von zu Haus ein Huhn mitbringen und dann ging es an die Arbeit.

Mit großem Enthusiasmus gingen alle nach Hause. Den nächsten Tag sahen wir aber ein ganz anderes Bild, anstatt eines Huhnes brachten die meisten zwei bis drei.

„Der Enthusiasmus hob sich noch mehr, gleich würden alle in Brigaden eingeteilt und zu den Kollektivisten geschickt, um zusammen mit ihnen die Sache durchzusprechen... Die Verwaltung gab einen Stall, der gleich gründlich gereinigt wurde... Im ganzen fingen wir mit 500 Hühnern an. Jede Brigade hatte ihre bestimmte Arbeit.“

Die Sammelschulen in Preußen.

Die Gegner auf dem Marsch.

Bl. Nicht nur in Braunschweig haben die weltlichen Schulen ihre Feinde. Auch in Preußen, wo sie amtlich den

Namen Sammelschulen tragen, sind sie vielen ein Dorn im Auge. Hierfür der folgende Beleg:

Das preußische Unterrichtsministerium hat in den Abbaulassen die Sammelschulen selbständig aufgeführt und nicht wie bisher als evangelische Schulen ohne Religionsunterricht den evangelischen Schulen untergeordnet. Dieser Sachverhalt kann, wenn entschieden um die weltliche Schule gekämpft wird, verhindern, daß der Abbau ganz besonders zu Lasten der Sammelschulen geht. Darum brachten die Abgeordneten Dr. von WINTERPELDT, OELZE, KICKHÖFFEL und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im preußischen Landtag am 19. Februar 1932 folgenden Antrag zur Abstimmung:

„Aus mehreren Orten werden Klagen darüber geführt, daß die Schulbehörden, anscheinend auf Grund von Weisungen des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, dem Abbau sogenannter Sammelklassen oder Schulsysteme solcher Klassen, d. h. den Abbau von Schulinrichtungen, für die es in der Gesetzgebung an jeder Grundlage fehlt, Widerstand entgegenzusetzen.“

Wir beantragen daher:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, bei dem Abbau von Schulklassen an den einzelnen Orten in erster Linie die Sammelklassen einzuziehen.“

Der Antrag ist abgelehnt worden. Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten dagegen.

Interessant ist die Rolle des Zentrums. Ist es plötzlich ein Freund der Sammelschulen? Will es seine Schulen durch die Existenz der Sammelschulen von „Freidenkerzellen“ rein erhalten? Oder will es den Sammelschulen erst recht das Licht ausblasen, indem es sie je nach Belieben einmal als evangelische Schulen ohne Religionsunterricht behandelt — die dann also an dem Abbau der evangelischen Schulen mittragen — oder als selbständige Sammelschulen, die als solche also nicht an den Vorteilen der evangelischen teilnehmen können.

Wie dem auch sein mag, Vertreter der Sammelschulen, seid auf der Hut!

Achtet beim Schulanfang auf die neuen Bedingungen zur Abmeldung vom Religionsunterricht.

Bl. Das Preußische Unterrichtsministerium hatte durch Erlaß vom 29. März 1924 bestimmt, daß bei der Abmeldung vom Religionsunterricht jeder Schein einer absichtlichen Beeinflussung zu vermeiden sei. Die Zustimmung beider Eltern sei zwar erforderlich, dagegen wäre eine eigene Erklärung 12- und 13jähriger Kinder nicht notwendig. — Das Preußische Unterrichtsministerium vertrat den Standpunkt, daß eine eigene Erklärung 12- und 13jähriger Kinder nur bei einem Bekenntniswechsel zu fordern wäre.

Durch Beschluß des Staatsgerichtshofs vom 24. Oktober 1931 mußte diese Stellungnahme des Preußischen Unterrichtsministeriums aufgehoben werden. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich stellt sich auf den Standpunkt, daß die Abmeldung eines 12- bis 13jährigen Kindes vom Religionsunterricht der Zustimmung des Kindes bedarf. Das Preußische Unterrichtsministerium hat daher seinen Erlaß vom 29. März 1924 aufgehoben und unter dem 18. Januar 1932 folgende Regelung angeordnet:

„Die Nichtteilnahme am Religionsunterricht erfordert mit Rücksicht auf § 2 Abs. 2 des Reichsgesetzes über religiöse Kindererziehung grundsätzlich eine Erklärung beider Eltern. Nach dem Sinn des Art. 149 Abs. 2 der Reichsverfassung genügt aber auch für diese Erklärung einfachste Form. Es braucht nur festzustehen, daß die Berechtigten, die nach dem Reichsgesetz vom 15. Juli 1921 über die religiöse Erziehung des Kindes bestimmen, ihren Willen deutlich erklärt haben. Die Abmeldung eines 12- oder 13jährigen Kindes vom Religionsunterricht bedarf der Zustimmung des Kindes. Diese kann durch eine Entscheidung des Vormundschaftsgerichts nicht ersetzt werden.“

reichs Fluren und Städte! Und der Franzose rast mit Giftgasen und Brandbomben Italien zu! In Mailand revoltieren Arbeiter! Ah, der Schurke Brandt! Italiener, werft die Waffen fort! Verweigert den Gehorsam zum Mord! Jeder Radiobesitzer in Italien hört jetzt die Hetzreden, die der Pariser Diktator über den Erdball schreien läßt! Da hilft keine Zensur. Elektrischen Wellen kann auch der Herr Roms nicht Schweigen anbefehlen... Schreit nicht eine Stimme aus der Unterwelt herauf? Italien schreit! Brüllt wie ein Tier, dem das Messer in die Kehle gestoßen wird! Zurück!... Zurück! Kann denn nichts rückgängig gemacht werden auf dieser gnadenlosen Erde...?

Wer steht mit hämischer Fratze dort in der Eingangstür... Ah, das niederträchtige Gesicht des Engländers! Nerven! Beherrschung!

Der englische Botschafter meldet, daß seine Regierung alle Beziehungen zu Italien abbricht.

Capponis Faust fährt durch die Luft. „Jawohl, Herr Botschafter, aber in acht Tagen haben Sie den Bolschewismus im Land!“

„Die Tatkraft Ihrer Regierung hat allerdings das ihrige dazu getan!“ erwiderte der Engländer und geht mit kalter Verbeugung.

Das Telefon rasselt. Capponi hat Furcht in den verglasten Feuereugen. Er reißt den Hörer hoch. Der Botschafter der Vereinigten Staaten...!

„Ich habe die Ehre, im Auftrag meiner Regierung um die Pässe zu bitten. Die Beziehungen sollen solange abgebrochen bleiben, bis Italien die Kriegserklärung zurückgenommen hat...“

Der Hörer kraucht auf die Tischplatte. Aufmarsch der Welt gegen Italien! Nein, gegen einen Einzigen! Verfemung! Verfemung...!

Wieder wandt ein Gespenst in den Saal. Was will der deutsche Botschafter... Capponi fällt ihn an wie ein Fieberkranker.

„Reiht sich Deutschland auch in die Reihe meiner Gegner ein? Ich erwarte gar nichts anders, Herr Botschafter!“

Herr von Richter ist auffallend zurückhaltend. „Die Kriegserklärung an Frankreich hat ihren Sinn und ihre Begründung verloren, Exzellenz“, sagt er in bestimmtem Ton. „In Paris regiert ein Mann, der den Frieden will, nichts anders. Die halbe Welt hat sich bereits gegen sie zusammengeschlossen. Auch Deutschland hat die Pflicht, gegen den Krieg anzugehen. Meine Regierung erklärt deshalb den Ab-

Politik in der Schule.

E. Bl. Wir erfahren aus München: Vor ein paar Wochen hat die Polizei in einer Gaststätte in München eine Versammlung des nationalsozialistischen Schülerbundes ausgehoben. Dabei fiel ihr das Mitgliederverzeichnis nach Schulen und Klassen geordnet — Schüler von den untersten Klassen bis zur obersten — in die Hände. Das Ministerium verständigte hiervon die Direktorate der Höheren Schulen mit der Aufforderung zur disziplinierten Behandlung der Sache. Die meisten Schüler leugneten die eigentliche Mitgliedschaft und gebrauchten durchweg die gleiche faule Ausrede, so daß man annehmen muß, daß von der Bundesleitung eine allgemeine Parole gegenüber diesem unglücklichen Hereinfall ausgegeben worden ist.

Wieder ein Beispiel dafür, wie Verbote die parteipolitische Verhetzung der Jugend nicht einzudämmen vermögen, sondern vielmehr Wahrheitsliebe und Offenheit in ihr zerstören. Dies ist um so mehr der Fall, als durch solche Verbote die Jugend gerade gewissenlosen Parteien in die Hände getrieben wird, die sie noch zur Lüge ermuntern.

Kürzungen im Reichshaushalt. Neue Notverordnung.

h Berlin, 31. März.

Amlich wird mitgeteilt: Die Haushaltsführung des Reichs für die Zeit vom 1. April 1932 bis 30. Juni 1932 ist durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1932 dahin geregelt worden, daß die persönlichen Ausgaben in Höhe des Haushaltsplanes 1931 geleistet werden dürfen, und daß im übrigen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, in diesem Vierteljahr nur bis zu einem Fünftel der für das ganze Jahr 1931 bewilligten Beträge ausgegeben werden darf. Als Reichszuschuß an die Gemeinden für die Erleichterung der Wohlfahrtslasten ist ein Betrag von 75 Millionen Mark vorgesehen.

Haushalt Thüringens.

p Weimar, 31. März.

Im thüringischen Landtag sprach Finanzminister BAUM zum Staatshaushalt 1932, der sich in Einnahme und Ausgabe mit 138,3 Millionen Mark ausgleicht. Die Reichssteuerüberweisungen — und zwar der reine Landesanteil — betragen im Jahre 1928 insgesamt 40,3 Millionen; für 1932 haben nur 31,2 Millionen in den Haushalt eingestellt werden können. Allein die Ueberweisungen an Einkommensteuern zeigen einen Rückgang von 24,9 auf 13,5 Millionen, die Ueberweisungen an Körperschaftsteuern einen Rückgang von 5,4 Millionen auf 1,1 Millionen Mark. Die Forstentnahmen des Landes sind im gleichen Zeitraum von 19,5 Millionen auf 8,6 Millionen gesunken. Die Landessteuern, die im Jahre 1930 noch einen Ertrag von 35,5 Millionen brachten, sind auf 23,2 Millionen zurückgegangen.

Finanzlage Schleswig-Holsteins.

i Kiel, 26. März.

„Durch den Rückgang der Steuerkraft, den Nichteingang der fälligen Steuerforderungen und die ständige Zunahme der durch die Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen entstehenden Lasten ist die finanzielle Notlage der Gemeinden, der Kreise und des Provinzialverbandes so außerordentlich bedrohlich geworden, daß die gesamte Selbstverwaltung, einschließlich der Wohlfahrtspflege, in allernächster Zeit zum Stillstand kommen wird. Nur durch eine sofortige und ausreichende Hilfe von Reich und Staat, die im Wege des Finanzausgleichs und der Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge in erster Linie den Gemeinden zugewendet werden muß, kann die drohende Gefahr des völligen Zusammenbruchs der öffentlichen Wirtschaft beseitigt werden.“

(Entschließung, dem schleswig-holsteinischen Provinziallandtag vom Provinzialausschuß zur Annahme empfohlen.)

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(76. Fortsetzung.)

Dem Duce hängen die Augäpfel wie glühende Halbkugeln zwischen den entzündeten Lidern. Zwei Uhr nachts. Das Fieber rast in Capponis Blut. Das Telefon läutet Sturm. Der Präfekt von Mailand meldet, daß ein paar hundert Arbeiter die Schienenstränge bei Mailand aufgerissen haben, daß in zahlreichen Betrieben die Arbeiter die Nacharbeit verweigern, daß bei einem Kraftfahrabteil zahlreiche Mannschaften desertiert sind. „Erschießen! Unerbittlich zapacken!“ brüllt Capponi in den Apparat. Er stürzt vom Schreibtisch an die Wandkarte. Der Zirkel in der Hand legt über die Strecke Marseille—Genua... Wann können feindliche Flieger Genua bombardieren... Und hier Mailand!... Turin!... Florenz!... In drei Stunden kann Rom brennen!... Und die eigenen Geschwader... die eine Luftarmee kann jetzt Lyon erreicht haben... nein, erst Marseille... Tosen der Lärm brandet gegen die Scheiben. Der Duce stürzt ans Fenster und reißt die Vorhänge auseinander. Schwarzes Menschengewühl. Truppen, Autos, Schwarzhemden. Dazwischen rennende Zivilistenmassen. Flucht! Flucht! Rom flieht vor den drohenden feindlichen Geschwadern. Fort! Irgendwohin... nur fort aus der großen Stadt, die zuerst dem feindlichen Bombardement ausgeliefert sein wird! —

Capponi blickt mit fieberheißen Augen. Meine Gasmaske... hier! Jeder Italiener hat seine Gasmaske. Alles ist vorzüglich organisiert. Die Luftabwehr der Städte wird funktionieren. Überall im Land sind die Flugwachstationen in Alarmbereitschaft... Jetzt herrscht in ganz Italien die sinnlose Angst, diese mörderische Flucht! Der Duce fliegt wie ein getriebener Geist durch das Halbdunkel des Saales. Warum... warum dieses Grauen. Das Radiomanifest aus Paris — Fälschung! Brandt ist also doch nicht der gefürchtete rote Schrecken! Jetzt regiert er in Paris! Hetzt den Erdteil auf Italien! Alle Mächte sollen sperren, blockieren! Italien verfeimt!... Zurück! Zurück aus dem Taumel! Aber die Flieger überschütten ja in diesem Augenblick schon Frank-

bruch aller Beziehungen, falls Ew. Exzellenz nicht sofort die Kriegserklärung ungültig zu machen gewillt sind...“

„Das kann ich nicht!“ führt Capponi auf. „Ich kann einen ausgebrochenen Krieg nicht wie einen Karneval zum Abschluß bringen! Glauben Sie, ich mache mich lächerlich? Ich kann nicht in die Speichen eines tausenden Schwungrades greifen, ohne zerschmettert zu werden. Verstehen Sie mich, Herr Botschafter? Ich darf nicht zerschmettert werden! Ohne mich verliert Italien sein geistiges Zentrum! Seinen Willen! Wenn ich nicht mehr bin, stürzt der stolze Bau zusammen wie eine Kindersandburg am Strand!“

Der Deutsche umfaßt den Erregten, der fragisch unwittert seine Sandburg verteidigt, mit einem langen Blick. „Möglich, daß Sie recht haben, Exzellenz. Völkischer Egoismus im Superlativ muß notwendigerweise zu diesem Schlußpunkt führen.“

Capponi schüttelt den Vorwurf mit einem Fauststoß in die Luft ab.

„Meine Kapitulation vor dem Straßenmob werden Sie nicht erleben! Wir kämpfen! Wir siegen oder gehen zugrunde! Aber wir verraten nicht den Sinn der Menschenerde! Man setzt sich als Nation durch oder verreckt. Europa wird vermutlich sehr bald in die höllische Lage geraten, wo es klagend bedauert, für eine neue Ordnung der Welt nicht den letzten Atem hergegeben zu haben! — Ihre Pässe werden Ihnen binnen zehn Minuten zugestellt sein!“

Der Deutsche geht erschüttert die Treppe hinunter. Ein titanischer Charakter — kreist es durch seine Gedanken — der sich an die Wolken eines fernen Himmels ankrallt, während sich unter seinen Füßen das Erdreich aufspaltet. Überall hat das italienische Land schon Risse, durch die der neue Wille heraufbricht. Ist der Duce heute nacht nicht durch die ewige Stadt gegangen? Dann hätte er Haßblicke seines Volkes gesehen! Leidenschaft der Individuen, die entschlossen schienen, nicht mehr Halbgottern zu huldigen.

Das Auto des Deutschen bleibt nach fünfzig Metern eingeklemmt stehen. Rom auf der Flucht! Hunderttausende ergießen sich weinend, verzweifelt, fluchend, gottergeben in die Nacht des freien Landes, wo sie sich sicher wähnen vor den Giftbomben der ansturmenden Ungeheuer der Luft.

Der Deutsche stöhnt seine Bitterkeit in sich hinein. Wir Menschen — grübelt er — sind für eine bessere Erde verloren. Morden... morden... letzter Beruf und letzte Berufung göttlicher Kreaturen... (Fortsetzung folgt.)

Arbeitsbeschaffung als Reklametrick.

1. Die „Proklamation“.

In den Münchener Zeitungen erscheinen ganzseitige Anzeigen, an deren Seite in Blattgröße ein deutscher Ritter sein Schwert gen Himmel zückt:

An das deutsche Volk!

Jeder Deutsche hat das Recht und die Pflicht zur Arbeit! Uebersteigerte Maschinenleistungen haben ihm dieses Recht verkümmert! Als erstes Unternehmen in Deutschland haben wir unsere Zigarettenmaschinen stillgelegt und schreiten über jahrelanges nutzloses Theoretisieren hinweg zur befreienden Tat! Mit dem heutigen Tage beginnen wir mit der

Großherstellung von Handarbeitszigaretten

in unserem Hand-Werk I München, Trogerstr. 32, und übergeben dieses hiermit seiner Bestimmung: der deutschen Arbeiterschaft, dem deutschen Handwerk, dem deutschen Raucher!

Das Handarbeitserzeugnis als Wertbegriff deutscher Qualitätsware wird Wegbereiter für Arbeitserneuerung, wenn das deutsche Volk die Tragweite unserer Maßnahmen verstehen lernt und den ausschließlich und nur von Hand gearbeiteten

Perusa-Zigaretten

künftighin den Vorzug gibt.

„Handarbeit gegen Arbeitsnot!“

Perusa G. m. b. H., München, Handarbeitszigaretten Großbetriebe.

Ab Montag, den 4. April 1932 in allen guten Tabakwaren-Spezialgeschäften erhältlich!

2. Film und Presse.

Wie Film und Presse zur Reklame herangezogen werden, zeigen die folgenden Stellen aus dem „Bayerischen Kurier“ Nr. 86, vom 26. März:

„Es war ein überaus glücklicher Gedanke der Perusa G. m. b. H. Handarbeitszigaretten-Großbetriebe, daß sie seit einigen Wochen mehrere hundert Arbeiterinnen zur Hand-erzeugung von Zigaretten eingestellt und so eine Tat vollbracht hat zur Linderung der ungeheuren Arbeitslosennot. Für diese Idee warb sehr eindrucksvoll ein im Phoebuspalast aufgeführter Ton-Film „Des deutschen Tabakwarenhandels Wiederaufstieg“. . . . Der Film zeigte zunächst die dankwürdige Aufsichtsratsitzung, in welcher sieben deutsche Männer die Großtat beschließen: die Rückkehr zur Handarbeit. Das Drehbuch stammt von EMIL GRÖZINGER, dem neuen Chef der Verkaufsabteilung der Perusa, der in der Sitzung den Gedanken der Rückkehr zur Handarbeit siegreich vortritt.“

3. Die Steuerwünsche.

Auf Grund des Anzeigen-Auftrags kann der Reklamechef der Firma Perusa im „Bayerischen Kurier“ offenbar schreiben lassen, was er will. Wir lesen dort:

„Leider sind die Erfahrungen der Perusa G. m. b. H. hinsichtlich der Kalkulation nicht im gleichen Maße günstig. Bei den Kleinverkaufspreisen von 4 und 5 Pfg. ist es kaum möglich, die Selbstkosten zu decken. Man darf aber hoffen, daß der Staat sich bald entschließen wird und muß, den reinen Handarbeitsbetrieben steuerliche Erleichterungen zu gewähren, die unter Berücksichtigung der einzusparenden Arbeitslosenunterstützungen kaum ins Gewicht fallen.“

Die Steuerwünsche werden unterstrichen durch den Hinweis, daß „Kronprinz“ RUPPRECHT, ferner eine Reihe hoher bayerischer Beamter in Briefen ihrem großen Interesse an den Plan, zur Handarbeit zurückzukehren, „Ausdruck verliehen haben“.

Wir hoffen, unseren Lesern über die Lage der Handarbeiterinnen bei der Perusa G. m. b. H. demnächst berichten zu können, um darüber Klarheit zu schaffen, ob dort in erster Linie Arbeit oder Profit beschafft wird.

Preußische Hauptlandwirtschaftskammer.

t Berlin, 1. April.

In der gestrigen 14. Hauptversammlung der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer wurde Dr. BRANDES einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt.

Aus seinem Bericht: Dringendes Erfordernis sei die Stärkung des deutschen Binnenmarktes. Gewiß trage die Weltwirtschaftskrise zu der jetzigen Not bei, an allem sei sie aber doch nicht schuld. Die Forderung der gesamten deutschen Wirtschaft, der Industrie wie der Landwirtschaft stimmten heute in den wesentlichen Punkten überein.

Zum Schluß forderte BRANDES die maßgebenden Stellen auf, sich frei zu machen von der Ansicht, man könne zwingende Dinge aufrechterhalten, die mit den ewig gültigen ungeschriebenen Gesetzen der Wirtschaft nicht vereinbar seien. Man solle das Steuer entschlossen herumwerfen.

Internationaler Röhrenverband.

Das Abkommen zwischen dem Kontinentalen Röhrenkartell und den englisch-kanadisch-amerikanischen Röhrenwerken ist um drei Jahre verlängert worden, kann jedoch bereits zum 1. April 1933 gekündigt werden. Das Kartell beabsichtigt Kampfmaßnahmen gegen eine Reihe kleiner englischer Werke, die Gasröhren herstellen, ferner gegen japanische Werke, die neuerdings mit Außenseiternangeboten in Europa auftreten.

DEUTSCHLAND

Ein neuer Zweig der Statistik: Bisher wurden in Deutschland rund 120 wirtschaftliche Notverordnungen erlassen.

Lebenshaltungsindex: Der Lebenshaltungsindex ist im März mit 122,4 gegenüber 122,3 im Vormonat fast unverändert geblieben.

Die Binnenschiffahrtskartelle: Am 1. April tritt eine soeben veröffentlichte Verordnung in Kraft, nach der für die Stromgebiete der Oder, der Elbe und der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder Schiffer-Betriebsverbände errichtet werden. Den Verbänden gehört als Mitglied ohne weiteres anwer mit nicht mehr als drei Binnenschiffen gewerbsmäßig Güter befördert. Die Verbände unterstehen behördlicher Aufsicht. In 8 Städten werden Frachtausschüsse gebildet aus Vertretern der Kleinschiffahrt, der Großschiffahrt, der Verleger und der Speditoren. Diese Frachtausschüsse werden ermächtigt, Mindestentgelte im Binnenschiffahrtsverkehr festzusetzen und die Verteilung des Frachtgutes zu regeln. — Hier werden also, wie wir befürchteten, vollständige Zwangskartelle ins Leben gerufen.

Konkurrenz in der Schifffahrt: Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd haben, nachdem eine amerikanische Konkurrenzfirma, wie berichtet, ihre Passagiertarife um 20 Prozent gesenkt hat, ihre Tarife ebenso stark gesenkt.

Konkurrenz auf dem Benzinmarkt: Nein! So geht es nicht weiter! Die Konsumenten erhalten wegen Konkurrenz zwischen russischen und anderen Benzinlieferanten billiges Benzin. Der Staat stellt daher Zwangsmaßnahmen der verschiedensten Art in Aussicht; um ihnen zu entgehen, werden die Benzinfirmen zu Verhandlungen gezwungen, voraussichtlich freiwillig verständlich.

Zündholzmonopol: Der Abschluß der deutschen Zündwaren-Monopolgesellschaft für 1931 weist einen Reingewinn von 6,2 Millionen Mark aus. Die Aktionäre erhalten die gesetzlich festgelegte Dividende von 8 Prozent, insgesamt 80 000 Mark, rund 6,1 Millionen Mark vom Reingewinn erhält das Deutsche Reich.

Börse: Am 12. April wird an der Börse erstmals wieder eine amtliche Kursfeststellung erfolgen. Die Regierung will von diesem Tag an das Kursveröffentlichungsverbot aufheben. — Was werden wir hinter dem Schleier sehen, wenn er sich lüftet?

Oberhüttensanierung: Der in Nummer 52 kritisch beleuchtete Sanierungsplan ist vom Reichskabinett genehmigt worden. Die Aktionäre werden ihm wohl zustimmen, da sonst der Konkurs droht. Das Reich und Preußen gestehen den bisherigen Hauptaktionären das Recht zu, die künftig den öffentlichen Stellen gehörigen Aktien von diesem zum Nennwert zu kaufen. — Ein weiteres Entgegenkommen an bankrotte Industrielle! — Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am 30. März mit Mehrheit gegen das Sanierungsprojekt protestiert. Ob das Erfolg haben wird?

Avi-Rabatte: Die bankrotte Schwerindustrie spielt den starken Mann: Während des Rechtsstreits über die Avi-Rabatte setzt sie die Rückvergütungen an die eisenverarbeitende Industrie kurzerhand weiter herab, zum Beispiel für Stabeisen von 34 auf 29 Mark pro Tonne.

Reichsbahn: Der Güterverkehr, an den Wagengestellungen gemessen, war im Februar um 4 Prozent stärker als im Vormonat, der Personenverkehr war schwächer. Die Betriebsergebnisse aus dem Personen- und Gepäckverkehr waren 19 Prozent niedriger als im Februar 1931, die Einnahmen aus dem Güterverkehr um 26 Prozent niedriger. — Das Personal wurde weiter verringert, von 609 900 auf 607 600.

ENGLAND

Schifffahrt: Die Cunard-Dampfschiffahrts-Gesellschaft weist in ihrem Jahresbericht für 1931 einen Verlust von 550 000 Pfund aus (fast 8 Millionen Mark). Im Vorjahr hatte sie einen Gewinn von 19 000 Pfund ausgewiesen.

Zollwünsche: Die englischen Eisen- und Stahlindustriellen haben dem beratenden Zollausschuß eine Denkschrift vorgelegt, in der sie behaupten: der allgemeine Zolltarif von 10 Prozent sei nicht ausreichend; er müsse ersetzt werden durch Zollsätze von 26 bis 33 Prozent.

HOLLAND

Schifffahrt: Die Holland-Amerika-Linie beantragt die Einberufung einer Versammlung der Gläubiger, die ihre sechsprozentige Obligationsanleihe von 1922 besitzen. Sie will ihnen vorschlagen, die zwischen dem 1. Mai 1932 und 1. Mai 1934 fälligen Zinsscheine nicht oder nur zu einem Drittel zu bezahlen und den Gläubigern dafür Aktien zu geben. Begründung: Das abgelaufene Geschäftsjahr habe mit einem Betriebsverlust von 1 Million Gulden abgeschlossen (rund 1,7 Millionen Mark).

Löhne in der deutschen chemischen Industrie.

Das Statistische Reichsamt hatte bereits im Juni 1928 eine amtliche Lohnerhebung in der chemischen Industrie durchgeführt; nunmehr werden die Ergebnisse einer zweiten Erhebung, vom Juni 1931, bekannt. Von beiden Erhebungen wurden ungefähr gleich viele Betriebe erfaßt (dieses Mal: 103, 1928: 110 Betriebe). Besonders interessant sind die Vergleichen der Löhne vom Juni 1931 mit den Löhnen vom Juni 1928 und den Löhnen von 1913.

Von 1928 bis 1931 sind die Stundenverdienste der männlichen Arbeiter nur wenig — durchschnittlich um 3 Prozent — zurückgegangen. Da die Wochenarbeitszeit erheblich zurückgegangen ist, sind die Wochenverdienste um etwa 17 Prozent gesunken. — Der Abbau der überbetrieblichen Zulagen bewirkte, daß die Ueberschreitungen der Tariflohnsätze 1931 durchschnittlich um 32 Prozent niedriger waren als 1928.

Bei der Vergleichung der Verhältnisse in den Jahren 1913 und 1931 sind von besonderem Interesse die Abzüge vom Arbeitslohn. Die nachstehenden Abzüge machten in Prozenten vom Bruttoverdienst aus:

	Lohn- (Einkommen-) Steuer		Sozialvers.- beiträge der Arbeitnehmer		Abzüge insgesamt	
	1913	Juni 1931	1913	Juni 1931	1913	Juni 1931
Gelernte Handwerker im Zeitlohn	2,4	3,0	3,4	8,8	5,8	11,3
Betriebsarbeiter im Zeitlohn	1,6	2,0	3,6	9,3	5,2	11,3

Die Erhöhung der Steuer gegenüber der Vorkriegszeit macht somit 25 Prozent aus; die Sozialversicherungsbeiträge sind um 156 Prozent gestiegen, wobei den erhöhten Beiträgen allerdings auch erhöhte Leistungen der Versicherungsunternehmen gegenüberstehen.

Nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge überstiegen die Stundenverdienste der im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter — nur für diese ist die Vergleichung mit der Vorkriegszeit möglich — der Kaufkraft nach dem Vorkriegsstand um durchschnittlich 28 Prozent. Das besagt jedoch nicht, daß sich die Arbeiter um so viel mehr kaufen konnten. Denn die Arbeitszeit war kürzer. Die Realwochenverdienste waren daher im Juni 1931 nur um 3 Prozent höher als in der Vorkriegszeit.

Wenn wir bedenken, daß seitdem auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember die Tariflöhne um 14,5 Prozent gesenkt worden sind, so ist klar, daß die Realloehnen der Arbeiter der chemischen Industrie heute wesentlich unter dem der Vorkriegszeit liegt. Da der Umfang der Arbeitslosigkeit weit stärker ist als je vor dem Weltkrieg, können wir aus jenen amtlichen Statistiken den Schluß ziehen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter der chemischen Industrie insgesamt, der Arbeitenden und der Arbeitslosen, ganz wesentlich unter dem Stand von 1913 liegt. Das ist um so aufreuzender, als gerade in der chemischen Industrie bekanntlich besonders hohe Monopolgewinne auch heute noch gemacht werden. H. H.

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

8. Liste.

Dividende auf das Stammkapital, verteilt im Jahre 1931, 1932 (in Prozenten)

Brauer Vulkan-Werft	8	7
Dresdener Nähmaschinen-Fabrik	7	7
Braunkohlenwerke Leonhard AG (Zipsendorf)	8	8*
Hubertas Braunkohlen-AG (Brüggen-Erftr.)	8	8*
Bitterfelder Louise-Grube (Bitterfeld)	8	8
Deutsch-Atlantische Telegraphenges. (Berlin)	8	8*
Kammgarnspinnerei Bietighem AG (Bietigh.)	8	8
Braunschweig. Kohlen-Bergwerke (Helmstedt)	10	10*
van der Bergh's Margarine AG (Berlin)	10	10*
Vereinigte Papierfabriken AG (Dänemark)	10	10
Kammgarnspinnerei Schedewitz AG (Wiesenburg)	12	12*
Zwirnerei und Nähfädenfabrik Göggingen (Augsburg)	12	12
Seifenfabriken Lilliborg (Norwegen)	15	15
Schöffershof-Binding-Bürgerbräu AG (Frankfurt am Main)	20	15
Nestlé and Anglo-Swiss Condensed Milk Co. (Schweiz)	16	16
Roddergrube (Brühl)	30	24*

*) Vorgeschlagen.

Die polnischen Grubenherren

folgen dem deutschen Beispiel: Sie verlangen Subventionen für den Export.

Die deutschen Kohlenverbraucher müssen bekanntlich im Kohlenpreis eine Umlage bezahlen, die es den Kohlenzechen ermöglicht, zu billigeren Preisen Kohlen auszuführen und in dem bestrittenen deutschen Gebiet zu verkaufen.

Wie der Krakauer „Kuryer Codzienny“ berichtet, plant die polnische Regierung die Schaffung einer Kohlenhandelszentrale, die sowohl den Vertrieb von polnischer Kohle auf den Inlandsmärkten wie auch den Export einheitlich regeln soll. Und zwar sollen von jeder Tonne Kohle, die auf dem Inlandsmarkt verkauft wird, im Krakauer Revier 1,20 Zloty, in den Revieren Dombrowa und Ostoberschlesien 1,50 Zloty in einen Ausgleichsfonds abgeführt werden, aus dem auf jede nach den sogenannten Freilandmärkten exportierte Tonne Kohle eine Prämie von 6 Zloty verteilt werden soll (1 Zloty = 47 Pfennig). Dies Blatt greift dieses Projekt auf das heftigste an und berechnet, daß die nach den Freilandmärkten

exportierte Kohle heute einen Nettoerlös von 11,80 Zloty an der Grube erbringe, während die laufenden Förderkosten (ohne stabile Kosten) nur 8,64 Zloty per Tonne betragen. Die künstlich überhöhten Inlands-Kohlenpreise decken außer ihren laufenden Förderkosten noch die gesamten stabilen Kosten; der durchschnittliche Erlös der Industrie für eine Tonne Kohle am Ort der Grube (bei Export- und Inlandskohle zusammen) betrage 13,80 Zloty und liege jedenfalls über den durchschnittlichen Gesamtkosten, so daß der Industrie ein beträchtlicher Gewinn verbleibe. Eine besondere Prämierung des Exports von Kohle sei daher völlig überflüssig.

Das Blatt der polnischen Großindustrie, der „Kurjer Polski“, bestreitet ebenso entschieden die Richtigkeit dieser Berechnungen und führt aus, daß heute, nach der 8-prozentigen Lohnsenkung, im ostoberschlesischen Revier allein die Arbeitslöhne noch immer über 8 Zloty für eine Tonne Kohle ausmachten. Hierzu seien Materialkosten von 4,88 Zloty per Tonne zu rechnen, so daß allein die laufenden (nicht die stabilen) Förderkosten 13 Zloty per Tonne ausmachten. Der Erlös der nach den Freilandmärkten exportierten Kohle betrage jedoch bei einem Preis von 12 1/2 Schilling per Tonne bester Kohle abzüglich 10 Zloty für Fracht und Ladekosten nur 10 Zloty für eine Tonne am Ort der Grube; da aber nicht nur die beste Qualität exportiert werde, sei der Durchschnittserlös noch erheblich niedriger. Die Prämierung des Kohlenexports auf Kosten des Inlandsabsatzes erweise sich daher als absolute Notwendigkeit.

Also alles, was wir in Deutschland erlebt haben, wiederholt sich in Polen, natürlich auch die Streitigkeiten über die Höhe der Selbstkosten.

Krisenbekämpfung durch Zollpolitik?

Eine Folge der englischen Zollpolitik: 438 ausländische Unternehmungen wollen sich in England niederlassen, darunter 195 deutsche. Ferner wollen 67 englische Firmen ihre Produktion mit ausländischer Hilfe erweitern.

Daß die Krise durch Zollpolitik nicht bekämpft werden kann, zeigt sich an dem englischen Beispiel recht deutlich. Obgleich — international und national gesehen — schon eine Unmenge von Produktionsmitteln unbenutzt dasteht, wird der Produktionsapparat noch vergrößert!

Der bekannte französische Parfümfabrikant und Zeitungsverleger COTY hat eine englische Zweiggesellschaft mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet. Die Parfümfabrik ist bereits in Bau genommen und soll im Herbst teilweise in Betrieb gesetzt werden. Bei vollem Betrieb wird das Werk 2000 Arbeiter beschäftigen.